

30.06.2014

Eilantrag

der Fraktion der FDP

Masterplan zur vermögensschonenden Abwicklung der WestLB notwendig nach dem Scheitern des Privatisierungsvorhabens der Portigon Financial Services – Finanzminister muss endlich Personalkonzept für Portigon-Beschäftigte vorlegen

I. Ausgangslage

Durch den wirtschaftlichen Niedergang der WestLB als einer internationalen Großbank ist der öffentlichen Hand ein gigantischer finanzieller Schaden entstanden, den Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans insgesamt mit voraussichtlich 18 Mrd. Euro beziffert. Längst hat sich gezeigt, dass es eine dramatische Fehleinschätzung der Landtagsmehrheit gewesen ist, eine Privatisierung der Staatsbank zu einem frühen Zeitpunkt zu unterlassen, als dies noch gewinnbringend möglich gewesen wäre. Der nordrhein-westfälische Steuerzahler haftet deshalb leider auch zukünftig noch mit Milliardenbeträgen für die Summe an ökonomischen Fehlentscheidungen und des Versagens der Aufsichtsgremien bei der WestLB.

Die rot/grüne Landesregierung verfolgt mit ihrem Gesetz zur Restrukturierung der WestLB seit Jahren das Ziel, die beim WestLB-Rechtsnachfolger Portigon AG in die ausgegliederte Gesellschaft Portigon Financial Services (PFS) nun übertragenen Portfoliodienstleistungen am Markt zu verkaufen, um hiermit Einnahmen zur Verlustreduktion zu erlangen. Für dieses Vorhaben hat die Landesregierung auf andere Optionen zur vermögensschonenden WestLB-Abwicklung oder einen profitablen Verkauf von Unternehmensteilen wie der IT-Plattform verzichtet, da ein Gesamtpaket angeblich am besten veräußerbar sei.

Portigon AG und Landesregierung haben dem Landtag gegenüber in den letzten Monaten verschiedentlich dargelegt, dass der Prozess für die Privatisierung der Servicegesellschaft PFS im ersten Halbjahr beginne und mehrere ernsthafte Kaufinteressenten vorhanden seien. Dieser Wettbewerb sei förderlich für den Verkaufspreis. In der ganz aktuellen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 26. Juni 2014 hat der Finanzminister nun jedoch einräumen müssen, dass der bisherige Privatisierungsplan unrealistisch sei und diesen auf unbestimmte Zeit verschoben, da nun doch nicht mehr davon auszugehen sei, dass viele Erwerber bereit wären, einen akzeptablen Preis für die Gesellschaft des Portfoliodienstleisters zu entrichten.

Datum des Originals: 30.06.2014/Ausgegeben: 30.06.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Handlungsnotwendigkeiten

Alle relevanten positiven Annahmen der Landesregierung zur Entwicklung der Auftragslage und zur Tragfähigkeit des Geschäftsmodells der Portigon AG haben sich bislang leider nicht als haltbar erwiesen: Fest einkalkulierte Kunden wie die zweite deutsche Bad Bank FMS Wertmanagement oder das Auslandsgeschäft sind nicht zustande gekommen, die Helaba hat ihre Beauftragung nicht über den 30. Juni 2014 hinaus verlängert, und mit dem einzig verbliebenen relevanten institutionellen Kunden, der eigenen Bad Bank für die WestLB Erste Abwicklungsanstalt (EAA) existiert bis heute noch kein Vertrag über eine Fortsetzung des Portfoliogeschäfts (Kooperationsvertrag III). Im Gegenteil hat der EAA-Vorstand erklärt, die Serviceentgelte für Portigon zukünftig analog zum Portfolio reduzieren zu wollen und sich mit der Eingliederung eines zentralen Betreuungsbereichs der Portigon AG „Loan & Portfolio Management (L & PM)“ selbst mehr Unabhängigkeit für die eigene Aufgabenwahrnehmung zu verschaffen. Das Vorhandensein einer Grundaustattung geschäftlicher Beauftragungen ist aber zugleich eine zentrale Voraussetzung für private Erwerbsinteressenten der PFS, wie der Vorstand der Portigon AG unlängst erst im Landtag dargelegt hat.

Aus heutiger Sicht ist nicht absehbar, dass und wann sich eine Lageverbesserung für die Portigon AG ergeben könnte. Im Gegenteil wird der Handlungsdruck umso größer und die Marktposition gegenüber Dritten umso schwächer, je näher das Abwicklungsdatum 2016 rückt. Sollte bis dahin eine Privatisierung nicht gelingen, ist die PFS zu liquidieren. Bereits heute verursacht die Portigon AG jährliche Verluste in relevanter dreistelliger Millionenhöhe.

Es ist daher höchste Zeit, dass die Landesregierung ihre bisherigen Pläne und Ansichten vor dem Hintergrund der realen Entwicklungen gründlich überarbeitet sowie dem Landtag und der Öffentlichkeit tragfähige Konzepte für die Lösung der drängenden Herausforderungen präsentiert.

Bedingt durch die ernüchternden Entwicklungen bei der Portigon AG wird der Prozess des Personalabbaus noch einmal forciert werden müssen. Laut einem aktuellen Medienbericht der Rheinischen Post vom 27. Juni 2014 hat das Unternehmen bereits mit betriebsbedingten Kündigungen beginnen müssen. Für die Beschäftigten rächt sich nun das Versäumnis der Landesregierung, die regelmäßig angemahnte Schaffung von alternativen Perspektiven für den Einsatz des Personals des zu 100 % im Landeseigentum befindlichen Unternehmens nicht ernsthaft in Angriff genommen zu haben.

III. Beschlussfassung

Der Landtag Nordrhein-Westfalen beschließt:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum Ende der Sommerpause zusammen mit dem Management der Portigon AG einen tragfähigen Masterplan zur vermögensschonenden Abwicklung der WestLB-Lasten zu entwickeln, der den neuen Realitäten Rechnung trägt. Dafür sind auch ergebnisoffen alle Handlungsoptionen und Strategiewechsel zu prüfen, insbesondere auch ein profitabler vorzeitiger Verkauf von Unternehmensteilen.
2. Der Finanzminister wird nun nach Beginn der betriebsbedingten Kündigungen aufgefordert, dringend ein schlüssiges Handlungskonzept vorzulegen, wie möglichst vielen Beschäftigten neue berufliche Perspektiven innerhalb und außerhalb des Landesdienstes vermittelt werden können.

3. Die Landesregierung wirkt im Rahmen ihrer Gremienbeteiligung auf die EAA ein, sich ihrer gemeinsamen Verantwortung mit der Portigon AG für die Vermögensinteressen der öffentlichen Hand bewusst zu sein.
4. Dem Landtag wird ab sofort automatisch und regelmäßig mindestens quartalsweise über den weiteren Restrukturierungsprozess bei der Portigon AG berichtet.

Christian Lindner
Christof Rasche
Ralf Witzel

und Fraktion